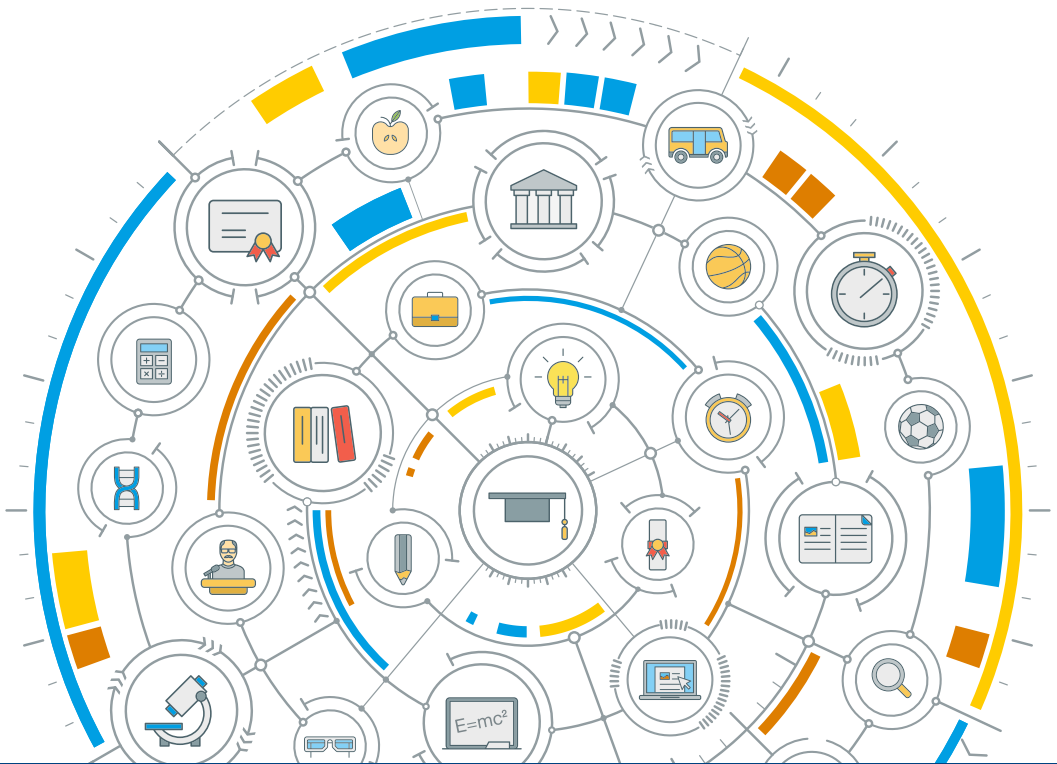




Josef Lange

Differenzierung und Diversifizierung. Herausforderungen für Hochschulen und Hochschulpolitik

Josef Lange

Differenzierung und Diversifizierung. Herausforderungen für Hochschulen und Hochschulpolitik

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018, Sankt Augustin/Berlin



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Titelbild: © Hilch, iStock

Satz: Janine Höhle, KOM, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Lektorat: Jenny Kahlert, PUB, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-422-5

Inhalt

- 5 | **1. Einleitung**
- 9 | **2. Analyse: Vielfalt bestimmt das Bild an
Hochschulen in Deutschland**
- 17 | **3. Bewertung und Empfehlung: Vielfalt als
Gestaltungsaufgabe wahrnehmen**
- 25 | **4. Fazit**
- 31 | **Der Autor**

1. Einleitung

Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch hohe Diversität aus. Dies gilt für viele Aspekte des sozialen Zusammenlebens: Lebensstile, Karrierewege, Familienbilder bis hin zu Werthaltungen und Lebenseinstellungen. Auch die Bildungswege und Bildungsangebote in pluralen Gesellschaften werden vielfältiger, besonders im tertiären Bereich: Nahezu 19.000 Studiengänge an deutschen Hochschulen sind ein deutliches Beispiel für Differenzierung und Diversifizierung.

Deutschland ist ein rohstoffarmes, aber hochindustrialisiertes Land. Jahrhundertelange Wanderungsbewegungen haben zu einer differenzierten Bevölkerungszusammensetzung geführt, dank derer das Land viele positive Entwicklungen erfahren hat.

Auch wenn in Deutschland seit 2011 wieder mehr Kinder geboren werden¹ (2016: 792.000)², bleibt die demografische Entwicklung ein gesellschaftliches und wirtschaftliches Problem. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands ist entscheidend für den sozialen Zusammenhalt und das Verhältnis der Generationen. Deutschland ist nach wie vor ein Land industrieller Produktion und muss es auch bleiben. Entsprechend groß sind die Herausforderungen mit Blick auf ein angemessenes zukunftsorientiertes Verhältnis von dualer Berufsausbildung und Hochschulbildung.

Hochschulen und Hochschulpolitik in Deutschland können heute nicht mehr nur regional, länderbezogen, national und europäisch agieren. Sie müssen die weltweiten wissenschaftlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen berücksichtigen. Denn die großen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts³ sind nur grenzüberschreitend zu bewältigen:

- weltweite wissenschaftliche und wirtschaftliche Vernetzung und Arbeitsteilung, vor allem durch Digitalisierung,
- Sicherheit,
- demographischer Wandel und Migration,
- gesellschaftliche Kommunikation,
- Klimawandel,
- Rohstoffe, Energie und Wasser,
- Nachhaltigkeit und Umwelt,
- Ernährung und Gesundheit.

Diese Herausforderungen sind nur mit mehr Bildung, Wissenschaft und Innovation zu bewältigen. Bildung und Wissenschaft sind entscheidend für die Zukunftsperspektiven der jungen Generation: Denn immer weniger junge werden für immer mehr, nicht mehr erwerbstätige Menschen aufkommen müssen. Diese Aufgabe können junge Menschen nur erfüllen, wenn sie eine gute Bildung und Ausbildung erhalten. Deshalb benötigen Bildungs- und Wissenschaftspolitik – als Teil der Innovationspolitik – einen höheren Stellenwert auf der politischen Agenda. Auch andere Politikbereiche, wie Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Gesundheits-, Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik, müssen unter Berücksichtigung der Ergebnisse internationaler Forschung innovationsoffen und zukunftsorientiert gestaltet werden. Innovationen müssen gesellschaftlich wertgeschätzt werden.

Im nachfolgenden Text werden zunächst ausgewählte Daten und Fakten präsentiert, die Differenzierung (Anpassung an unterschiedliche Bedürfnisse) und Diversifizierung (Ausweitung von Gestaltungsmöglichkeiten) in der tertiären Bildung als gegebenes Phänomen veranschaulichen. In einem zweiten Schritt wird eine Bewertung vorgenommen, die deutlich macht, dass die Entwicklung zu mehr Vielfalt nicht als Fatum hingenommen werden muss, sondern gestaltet werden kann und muss.

- 1| <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/Bevoelkerung/Irbev04.html> (Abrufdatum: 27.03.2018).
- 2| Statist. Bundesamt, Pressemitteilung 408/17 vom 15.11.2017.
- 3| Vgl. dazu: Konrad-Adenauer-Stiftung, Hochschulautonomie. Von staatlichen Anstalten zu freien und Freiheit gewährenden Hochschulen, Berlin / Sankt Augustin Januar 2017, S. 2 f.

2. Analyse: Vielfalt bestimmt das Bild an Hochschulen in Deutschland

2.1. Akademische Ausbildung

Hochschulen in Deutschland müssen trotz knapper Ressourcen eine große Zahl von Studierenden aufnehmen und ausbilden. Die Akademikerquote bewegt sich seit Jahren auf einem hohen Niveau.

Im Wintersemester 2017/18 waren an den Hochschulen in Deutschland 2,848 Mio. Studierende immatrikuliert. Dies ist ein Zuwachs von 40.800 bzw. 1,5 Prozent im Vergleich zum Wintersemester 2016/17. Auch in den Vorjahren gab es ähnliche Anstiege (plus 1,8 Prozent im Vergleich zu 2015/16). Fast die Hälfte der Studierenden (1,383 Mio.) sind Frauen.

Die meisten Studierenden (1,785 Mio. bzw. 62,7 Prozent) sind an Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen eingeschrieben, gefolgt von Fachhochschulen ohne Verwaltungsfachhochschulen (982.400 bzw. 34,1 Prozent), Künstlerischen Hochschulen (36.500 bzw. 1,3 Prozent) und Verwaltungsfachhochschulen (43.700 bzw. 1,5 Prozent).¹

Der Ansturm auf die Hochschulen hält weiter an. Für viele junge Menschen ist ein Hochschulstudium nach wie vor besonders attraktiv.

Im Jahr 2017 haben sich in Deutschland rund 509.400 Studienanfänger² immatrikuliert. Trotz leichter Schwankungen im Vergleich zu den Vorjahren (minus 0,1 Prozent zu 2016) ist der Trend ungebrochen. An Universitäten und gleichgestellten Hochschulen gab es 2016 im Vergleich zu 2015 einen leichten Rückgang um 0,9 Prozent; ähnlich an Künstlerischen Hochschulen mit minus 3,3 Prozent. Die Zahl der Studienanfänger an Fachhochschulen stieg um 0,6 Prozent, an Verwaltungsfachhochschulen um 7,9 Prozent.

In der Berufsbildung (2017) wurden rund 523.300 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen, davon entfielen 507.400 auf betriebliche Ausbildungsverträge (ohne überwiegend öffentlich finanzierte Ausbildungsstellen). Deren Anzahl stieg um 4.700 im Vergleich zu 2016 und lag damit auf der Höhe des Jahres 2013, während 2012 rund 525.400 betriebliche Ausbildungsverträge geschlossen wurden.³

Seit mehreren Jahren nimmt rund die Hälfte eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium auf. Dies ist individuell nachvollziehbar, denn „Bildungsstand und Beschäftigungschancen hängen nach wie vor eng zusammen. Akademiker und beruflich Qualifizierte sind deutlich seltener von Arbeitslosigkeit betroffen als Personen ohne berufliche Qualifikation. Dies zeigen unter anderem die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten. Geringqualifizierte sind achtmal häufiger arbeitslos als Hochschulabsolventen und viermal öfter als beruflich Qualifizierte. Damit bestätigt sich: Bildung lohnt sich.“⁴ Im Jahr 2016 betrug die allgemeine Arbeitslosenquote 6,2 Prozent, die von Hochschulabsolventen 2,3 Prozent, die der Inhaber von Lehr- oder Fachschulabschlüssen 4,2 Prozent und die von Personen ohne Berufsabschluss 19,1 Prozent.⁵ Hinzu kommt, dass die Einkommen von Hochschulabsolventen mittel- bis langfristig oberhalb der Einkommen von Absolventen der beruflichen Ausbildung, einschließlich Meister- oder vergleichbarem Fortbildungsabschluss, liegen.⁶

Besorgniserregend ist der Rückgang der Erstsemesterzahlen im Jahr 2017 gegenüber 2016 in einigen Ingenieurstudiengängen: In Informatik gab es einen Rückgang um 4,1 Prozent, in Maschinenbau und Verfahrenstechnik um 4,7 Prozent und im Bauingenieurwesen um 1,8 Prozent. Im Hinblick auf die zunehmende Technisierung werden Ingenieure dringend benötigt. Dass MINT-Fächer für Deutschland wichtig sind, darf sich nicht in Lippenbekenntnissen erschöpfen, sondern muss in einem stärkeren Werben um Nachwuchskräfte deutlich werden.

Seit 2010 ist die Zahl der Studienanfänger ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung um mehr als ein Drittel gestiegen.⁷ Im Jahr 2015 nahmen 12.535 Studienanfänger ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung ein Studium auf – das waren 2,47 Prozent der Studienanfänger. 2014 lag ihre Zahl bei 13.963, das entsprach 2,77 Prozent aller Studienanfänger. Trotz des leichten Rückgangs im Jahr 2015 ist der Trend zum „Studium ohne Abitur“ zu begrüßen: Er deutet auf eine größere Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Academia und eine engere Verzahnung beider Bereiche hin. Für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und junger Berufseinsteiger ist dies eine gute Entwicklung, die zur Wettbewerbsfähigkeit beiträgt und Aufstiegsperspektiven verbessert.

Auch die folgenden Zahlen weisen auf eine engere Verzahnung von akademischer und beruflicher Bildung hin: Im Wintersemester 2012/13 hatten 10 Prozent der Studierenden an Universitäten und 21 Prozent der Studierenden an Fachhochschulen eine Berufsausbildung abgeschlossen. Berufserfahrungen (Berufspraktikum, berufliche Ausbildung, Berufstätigkeit) machten vor dem Studium rund ein Drittel der Studierenden an Universitäten und 46 Prozent an Fachhochschulen.⁸

Wissenschaft und Hochschulen leben vom internationalen Austausch. Internationalität ist kein Selbstzweck, sondern steigert Kreativitätspotenziale, indem der Gedankenaustausch über die nationalen Grenzen hinaus verbessert wird. Im Jahr 2015 hatten 11,2 Prozent des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals und 6,7 Prozent der Professoren eine ausländische Staatsbürgerschaft.⁹ Im Studienjahr 2015 waren 23,2 Prozent der Erstsemester Ausländer.¹⁰

Von den Studierenden des Wintersemesters 2015/16 waren 340.305 oder 12,3 Prozent Ausländer, davon 251.542 Bildungsausländer (haben ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben) und 88.763 ausländische Bildungsinländer (haben ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben). Von den Bildungsausländern kamen 12,8 Prozent aus China, 5,4 Prozent aus Indien, 4,5 Prozent aus Russland, 4 Prozent aus Österreich und 3,2 Prozent aus Italien.¹¹

Im Prüfungsjahr 2016 (Wintersemester 2015/16 und Sommersemester 2016) bestanden insgesamt rund 492.000 Studierende ihre Abschlussprüfungen (Bachelor-, Masterabschlüsse, Promotionen), unter ihnen

knapp 249.000 Studentinnen. 49.110 (10 Prozent) der Absolventinnen und Absolventen hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit.¹²

Die genannten Daten zeigen, dass die Studierendenschaft heterogener wird – aufgrund der wachsenden Zahl Studierender, aber auch z.B. durch den steigenden Anteil ausländischer Studierender. Die Studienvoraussetzungen unterscheiden sich zunehmend – nicht alle Studienanfänger haben die gleichen Studienvoraussetzungen. Auch die Erwartungen an das Studium verändern sich – die Mehrzahl der Studierenden strebt keine wissenschaftliche Karriere an, sondern erwartet eine hoch qualifizierte berufsbefähigende Ausbildung. Dieser Heterogenität der Studierendenschaft müssen die Hochschulen, insbesondere die Universitäten, entsprechen und ihre Studienangebote und die Betreuung vielfältiger gestalten.

Daneben gibt es für Hochschulen weitere Anreize und Zwänge, die eine größere Differenzierung und Diversität erfordern. Dazu gehören z.B. der steigende Wettbewerbsdruck bei der Finanzierung, die starke weltweite Konkurrenz um Reputation und die besten Köpfe sowie neue Erwartungen aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zum Wissens- und Technologietransfer und zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und Herausforderungen. „Third Mission“ ist ein aktuelles Schlagwort, das diesen Trend umschreibt.

2.2. Aus- und Weiterbildung als Aufgabe der Hochschulen

Wissensintensive Wirtschaftsbranchen werden wichtiger. Mitarbeiter müssen sich durch Weiterbildung auf dem aktuellen Kenntnisstand halten. Der Bedarf an lebensbegleitendem Lernen und die Nachfrage nach akademischer Weiterbildung steigen angesichts der rasanten Entwicklung der Wissenschaft und der Änderungen in Wirtschaft und Administration durch die Digitalisierung. 85 Prozent der deutschen Unternehmen betreiben Weiterbildung für ihre Belegschaft und wandten dafür 2016 circa 33,5 Mrd. Euro auf.¹³

Die Hochschulen in Deutschland bieten derzeit 408 ausbildungsintegrierende Studiengänge an, davon 404 mit Bachelorabschluss. Hinzu kommen 1.349 duale Studiengänge, davon 1.136 mit Bachelorabschluss sowie zehn mit dem Diplom (FH) als Abschluss. Darüber hinaus bieten die Hochschulen 1.329 berufsbegleitende Studiengänge, davon 492 Studiengänge mit Bachelorabschluss, sowie 564 Fernstudiengänge an, von denen 258 zum

Bachelor führen.¹⁴ Die berufsbegleitenden Studiengänge und Fernstudiengänge an Hochschulen müssen in Orientierung an den Weiterbildungsanstrengungen der Wirtschaft ausgebaut werden. Wissenschaftliche Weiterbildung sollte von den Hochschulen in Deutschland als zentrale Aufgabe innerhalb der Lehre betrachtet und nicht aus den Hochschulen herausverlagert werden.

2.3. Internationaler Wettbewerb in der Wissenschaft

Der weltweite wissenschaftliche Wettbewerb nimmt zu. Neue Konkurrenten gewinnen an Stärke. Die bisherigen Spitzenreiter, allen voran die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch Europa und besonders Deutschland, geraten unter Druck. Sie müssen sich mehr engagieren, um nicht zurückzufallen. Auch international nimmt die Diversität zu, der die Hochschulen gerecht werden müssen.

Der Jahresbericht 2017 der Expertenkommission Forschung und Innovation¹⁵ zeigt, dass sich der Anteil der chinesischen Wissenschaftler an den weltweiten Publikationen im Web of Science in den Jahren 2005 bis 2015 von 6,1 Prozent auf 16,1 Prozent mehr als verdoppelt hat. Deutliche Anstiege verzeichnen Südkorea, Brasilien und Indien, während die Anteile der USA, Westeuropas, Israels sowie Japans zurückgegangen sind. Der Anteil Deutschlands ging um ein Viertel von 6 auf 4,5 Prozent zurück.

Unter qualitativen Gesichtspunkten konnten vor allem Wissenschaftler aus der Schweiz, den Niederlanden und den USA im Jahr 2013 besonders viele Beiträge in renommierten Zeitschriften mit internationaler Ausrichtung platzieren. Dennoch hatten die USA sowohl quantitativ wie qualitativ Rückgänge zu verzeichnen. Deutschland hat seit 2005 zu Großbritannien, Schweden und Israel aufgeholt, aber die Spitzengruppe noch nicht erreicht. 2013 wurden Veröffentlichungen aus der Schweiz, den USA, Dänemark und China besonders häufig zitiert. Deutschland liegt hinter dieser Gruppe und hat sich seit 2005 leicht verschlechtert.

2.4. Hochschulausgaben

Große Aufgabenfülle bei Unterfinanzierung – das ist eines der Probleme deutscher Hochschulen beim konstruktiven Umgang mit Diversität und Differenzierung. Eine gute Ausbildung der Studierenden, exzellente Forschung, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Wissenstransfer durch Profilbildung und Internationalität gelingen auf Dauer nur dann, wenn ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen.

Im Jahr 2015 beliefen sich die Hochschulausgaben für Lehre, Forschung und Krankenversorgung auf 50 Mrd. Euro und stiegen damit gegenüber dem Vorjahr um 3,7 Prozent (2014: 48,2 Mrd. Euro, + 4,1 Prozent gegenüber 2013). Davon entfielen 28,9 Mrd. Euro (2014: 27,9 Mrd. Euro) auf Personalausgaben und lagen wie 2014 bei 57,8 Prozent. 16,8 Mrd. Euro (2014: 16,3 Mrd. Euro, 2013: 15,8 Mrd. Euro) wurden für Sächliche Verwaltungsausgaben und 4,4 Mrd. Euro für Investitionen (2014 und 2013 jeweils 4 Mrd. Euro) aufgewendet. Vom Gesamtbetrag entfielen 22,6 Mrd. Euro auf Medizinische Einrichtungen (2014: 21,8 Mrd. Euro). Die Ausgaben der Fachhochschulen (einschl. Verwaltungsfachhochschulen) erhöhten sich gegenüber 2014 um 5,3 Prozent auf 6,3 Mrd. Euro.¹⁶

Bei den Ausgaben der Hochschulen für Forschung und Entwicklung im Jahr 2015 von insgesamt 15,3 Mrd. Euro stammten 7,4 Mrd. Euro aus Drittmitteln (ein Plus von 1,5 Prozent gegenüber 2014). Davon kamen 2,5 Mrd. Euro von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), 1,9 Mrd. Euro vom Bund und 1,4 Mrd. Euro aus der gewerblichen Wirtschaft. Zum ersten Mal seit 20 Jahren sanken die Unternehmensdrittmittel (minus 1,8 Prozent). Während sich die Drittmittel an den Hochschulen von 3,6 Mrd. Euro im Jahr 2005 bis 2015 mit 7,4 Mrd. Euro mehr als verdoppelten, stiegen die Mittel aus der Wirtschaft lediglich um 40 Prozent.¹⁷ Von einer „Fremdsteuerung“ der Hochschulen durch die Wirtschaft zu sprechen, wie dies Kritiker tun, ist bei einem Drittmittelanteil aus der Wirtschaft von 9,2 Prozent ungerechtfertigt und falsch.

Damit Hochschulen besser auf Differenzierungs- und Diversitätsanforderungen reagieren könnten, müsste nicht nur die Finanzierung durch Länder und Bund angehoben werden, sondern auch die finanzielle Förderung durch die Wirtschaft. Geschieht dies unter Beachtung der Regeln guten wissenschaftlichen Arbeitens, der Standards der grund-

gesetzlich garantierten Wissenschaftsfreiheit und der Transparenz-Empfehlungen des Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft,¹⁸ ist die Sorge vor Gängelung durch die Wirtschaft unbegründet.

- 1] *Statist. Bundesamt, Pressemitteilungen 417/16 vom 25.11.2016 und 427/17 vom 28.11.2017.*
- 2] *Corpus Iuris Civilis Dig. L, Tit. XVI, 1: „Verbum hoc ‚si quis‘ tam masculos quam feminas complectitur.“ Selbstverständlich gilt Art. 3 GG, aber zur besseren Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Form erwähnt, es sind jedoch immer beide und weitere Geschlechter gemeint.*
- 3] *Stephanie Matthes, Joachim Gerd Ulrich, Simone Flemming, Ralf-Olaf Granath, Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2017, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn 13.12.2017, S. 6.*
- 4] *Karl-Heinz Hausner, Doris Söhnlein, Brigitte Weber, Enzo Weber, Bessere Chancen mit mehr Bildung, IAB-Kurzbericht 11/2015, Nürnberg 2015, S. 1.*
- 5] *IAB, Aktuelle Daten und Indikatoren: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten, Nürnberg 10. Oktober 2017, S. 2.*
- 6] *Bernhard Christoph, Ute Leber, Heiko Stüber, Höhere Abschlüsse zahlen sich mit dem Alter zunehmend aus, IAB-Kurzbericht 13/2017, S. 8.*
- 7] *<http://www.studieren-ohne-abitur.de/web/information/daten-monitoring/quantitative-entwicklung-in-deutschland-insgesamt/> – CHE Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung (Abrufdatum: 27.03.2018).*
- 8] *Michael Ramm, Frank Multrus, Tino Bargel, Monika Schmidt, Studiensituation und studentische Orientierungen. 12. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen, Hrsg. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Juli 2014, S. 65 f.*
- 9] *Wissenschaft weltoffen kompakt, Hrsg. Deutscher Akademischer Austauschdienst, Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Bielefeld 2017, S. 17; Statistisches Bundesamt, Personal an Hochschulen 2015, Wiesbaden 2016, S. 24.*
- 10] *Statistisches Bundesamt, Studierende an Hochschulen Wintersemester 2015/16, Wiesbaden 2016, S. 14 f.*
- 11] *Wissenschaft weltoffen kompakt, Hrsg. Deutscher Akademischer Austauschdienst, Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Bielefeld 2017, S. 3 f.*
- 12] *Statist. Bundesamt, Pressemitteilung 325/17 vom 14.09.2017; Statist. Bundesamt, Prüfungen an Hochschulen 2016, 14.09.2017.*
- 13] *Institut der deutschen Wirtschaft, Pressemitteilung 54/2017 vom 04.12.2017. Siehe auch Susanne Seyda, Beate Placke, Die neunte IW-Weiterbildungserhebung. Kosten und Nutzen betrieblicher Weiterbildung (= IW-Trends 4.2017), Köln 2017.*
- 14] *<https://www.hochschulkompass.de/home.html> (Abrufdatum: 27.03.2018).*
- 15] *EFI – Expertenkommission Forschung und Innovation, Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2017, Berlin 2017, S. 156 ff.*

- 16| *Statist. Bundesamt, Pressemitteilungen 167/16 vom 19.05.2016 und 151/17 vom 10.05.2017; Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2015 vom 18.10.2017.*
- 17| *Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Entwicklung Drittmittel, November 2017, S. 2, 3, 5.*
- 18| *<https://www.stifterverband.org/transparenz-empfehlungen> (Abrufdatum: 27.03.2018).*

3. Bewertung und Empfehlung: Vielfalt als Gestaltungsaufgabe wahrnehmen

3.1. Empfehlung des Wissenschaftsrats

Hochschulen bilden inzwischen die Hälfte jedes Altersjahrganges aus. Nur 20 Prozent der Studierenden sind ernsthaft an Wissenschaft interessiert oder halten sie für sehr wichtig. Für rund 35 Prozent sind Wissenschaft und Forschung eher oder gänzlich unwichtig. Die übrigen 45 Prozent stehen indifferent zu Wissenschaft und Forschung.¹ Damit erwarten rund 80 Prozent der Studierenden, auch an Universitäten, von der Hochschule eine hochqualifizierte Berufsausbildung mit guten Lebenseinkommensperspektiven und geringem Arbeitslosigkeitsrisiko. Darauf müssen sich die Hochschulen einstellen.

Hochschulpolitik und Hochschulen haben entsprechend reagiert: Die bestehenden 428 Hochschulen in Deutschland umfassen 106 Universitäten, 6 Pädagogische Hochschulen (nur in Baden-Württemberg), 16 Theologische Hochschulen, 53 Künstlerische Hochschulen, 217 Fachhochschulen und 30 Verwaltungsfachhochschulen.² Diese institutionelle Differenzierung der Hochschullandschaft ist nicht abgeschlossen. Weitere Differenzierungen der Hochschulen zeichnen sich ab, die über die traditionelle Unterscheidung zwischen Universitäten, Fachhochschulen und Künstlerischen Hochschulen hinausgehen. Der Wissenschaftsrat hat vor einigen Jahren in seinen „Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen“³ von Ländern und Hochschulen „einen größeren institutionellen Alternativenreichtum im

Hochschulsystem [eingefordert, um] die Leistungsfähigkeit des Hochschulsystems insgesamt zu erhöhen, ohne zugleich die Leistungsanforderungen an jede einzelne Hochschule auf ein unrealistisches Maß zu steigern". Dazu müsse „verhindert werden..., dass durch regionale Asymmetrien in der deutschen Hochschullandschaft eine Mehr-Klassen-Gesellschaft von qualitativ unterschiedlichen Hochschulregionen entsteht.“⁴ Sieben Jahre nach dieser Empfehlung kann man die Entwicklungen mit Gelassenheit begleiten. Die Hochschulen sind auf gutem Wege und sollten weiterhin flexibel gestaltet werden, je nach den Erfordernissen vor Ort. Zukunftsängste sind unangebracht. Dem Wissenschaftsrat ist zuzustimmen, dass bei grundsätzlicher Beibehaltung der typologischen Unterscheidung von Universitäten und Fachhochschulen „die Neuentwicklung von Hochschultypen jenseits der binären Typologie“⁵ sinnvoll und zuweilen angezeigt ist.⁶ Dafür braucht es Gestaltungswillen und Gestaltungsfreiräume in den Hochschulen und entsprechende Kompetenzen in den Hochschulleitungen. „Hochschulautonomie“ ist das entscheidende Stichwort, das die Politik nicht aus den Augen verlieren sollte.

3.2. Universitäten

Universitäten haben im Rahmen der allgemeinen Aufgaben der Hochschulen die besondere Aufgabe der Pflege und Entwicklung der Wissenschaft durch Forschung, Lehre und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Seit der Universitätsreform Wilhelm von Humboldts zu Beginn des 19. Jahrhunderts besteht – ungeachtet aller historischen Brüche – der Anspruch der Universitäten, eine „universitas litterarum“ zu sein. Als Leitgedanke mag dieser Anspruch hilfreich sein, in der Realität wird er von keiner Universität in Deutschland erfüllt. Der Begriff der „Volluniversität“ wurde in den vergangenen Jahren vielfach als hochschulpolitischer Begriff in der gegenseitigen Abgrenzung unterschiedlicher Universitäten zum Zweck der Gruppenbildung verwendet. Keine Universität weltweit kann für sich in Anspruch nehmen, alle Wissenschaftsbereiche in ihren Ausdifferenzierungen auf international konkurrenzfähigem Niveau zu vertreten. Allein schon aus Kostengründen ist dies unmöglich. Deshalb gilt es, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, die zur Spezifizierung von Universitätsprofilen beitragen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten stärken.

Differenzierung und Spezialisierung der Wissenschaften finden im internationalen Wettbewerb statt, nicht in der Konkurrenz auf Länder- oder Bundesebene.

Eine Reihe von Universitäten hat in den letzten Jahren durch strategische Besetzung von Professuren in Fächern und Fächergruppen Schwerpunkte gesetzt und dadurch bewusst die inhaltliche Profilierung vorangetrieben. Die Bündelung von Kompetenzen in Forschung und Lehre ist oft mit einem Umbau der Universitätsorganisation und -governance einhergegangen. Die Programmförderungen vor allem der DFG in Graduiertenkollegs und Graduiertenschulen, Forschergruppen, Kollegforschergruppen und Klinischen Forschergruppen, Sonderforschungsbereichen und Exzellenzclustern, insbesondere über die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder, unterstützen diese Entwicklung. Entstanden sind inneruniversitäre Institutes for Advanced Studies⁷, Schools of Education⁸, Graduiertenakademien⁹, Matrixstrukturen zur differenzierten Organisation und Förderung von Forschung und Lehre¹⁰ bis hin zur Organisation der Universität in Colleges (für Bachelorstudiengänge), Graduate Schools (für Masterstudiengänge und strukturierte Promotionen) und Professional Schools (für berufsbegeleitende Studiengänge und Weiterbildungsangebote).¹¹

Die Differenzierung innerhalb der Universitäten ist also in vollem Gange. Universitätsleitungen, besonders der elf sogenannten Exzellenz-Universitäten, wissen um die schwierige Balance, die es zwischen Fächern, Gruppen und Personen zu halten gilt. Spannungen zwischen Universitätseinheiten, die z.B. über zwei Perioden in einem Exzellenzcluster, in einer Graduiertenschule, in Sonderforschungsbereichen, Forschergruppen und Graduiertenkollegs gefördert wurden, und denjenigen, die nicht in vergleichbarem Umfang gefördert wurden, bleiben nicht aus. Hier für Ausgleich und, bei aller internen Ungleichheit in einer Universität, für inneren Zusammenhalt zu sorgen, ist eine für jede Hochschulleitung, aber auch für aufsichtführende Organe, wie Hochschulräte und Ministerien, anspruchsvolle Herausforderung.¹²

Die Differenzierung von Universitäten findet im individuellen wie institutionellen Wettbewerb um Reputation, Personen und Finanzierung statt. Universitäten sind mehr als die bloße Addition von Fakultäten oder gar eine lockere Ansammlung von professoralen „Ich-AGs“. Dies müssen auch Ministerien im Interesse der Hochschulen und des jeweiligen Landes wahrnehmen und akzeptieren, denn die entscheidenden Inventionen finden in

den Universitäten statt. Um sie für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft nutzbar zu machen, müssen Politik und Administration die richtigen Weichenstellungen rechtzeitig vornehmen.

3.3. Fachhochschulen bzw. Hochschulen für angewandte Wissenschaften

In den vergangenen Jahren hat sich in den meisten Ländern die Bezeichnung der Fachhochschulen als „Hochschulen für angewandte Wissenschaften (und Kunst)“ durchgesetzt.¹³ Sie geht zurück auf die durch Beschluss des Senats der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vom 20. Januar 1998 eingeführte Bezeichnung „Universities of Applied Sciences“ als Namensergänzung für Fachhochschulen. Sie sollte die Verständigung und Anerkennung der Fachhochschulen in internationalen Beziehungen erleichtern und fördern. Dass sich manche dieser Hochschulen für angewandte Wissenschaften als „Technische Hochschulen“ bezeichnen (können),¹⁴ trägt nicht zur Klarheit der Bezeichnungen differenzierter Hochschulen bei. Hier verwischen die Grenzen zu den international angesehenen Technischen Hochschulen in Deutschland, die als Markenzeichen deutscher Ingenieurkunst gelten, wie etwa die RWTH Aachen.

Die Fachhochschulen haben sich seit ihrer Gründung aus den Ingenieurschulen und -akademien, höheren Wirtschaftsfachschulen, Werkkunstschulen sowie höheren Fachschulen für Sozialarbeit und Sozialpädagogik auf der Grundlage eines Länderabkommens vom 31. Oktober 1968 zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachhochschulwesens¹⁵ zu eigenständigen wissenschaftlichen Einrichtungen entwickelt. Die Lehre steht an Fachhochschulen im Vordergrund. Sie ist verbunden und fachlich fundiert durch angewandte Forschung, die in fast allen Bundesländern als hochschulgesetzlich vorgegebene institutionelle Aufgabe gewährleistet wird.¹⁶ Voraussetzung für eine Berufung auf Fachhochschulprofessuren ist nach wie vor eine erfolgreiche mehrjährige Tätigkeit in der beruflichen Praxis.¹⁷ Der Anwendungs- und Praxisbezug hat sich bewährt und ist zu einem Markenzeichen der Fachhochschulen geworden. Er dient der Profilbildung und ist von großem Vorteil, um sich von Universitäten abzuheben.

Grundsätzlich lässt sich feststellen: „Fachhochschulen stehen für eine hohe Qualität wissenschaftsbasierter Problemlösungskompetenz. In der Einheit anwendungsorientierter Forschung und Lehre erneuert sich die

Lehre, werden Studiengänge konzipiert und Forschung und Entwicklung vorangetrieben. Ohne diese Qualität der Forschung könnten die hohen Anforderungen an die Absolventinnen und Absolventen dieser Hochschulen nicht dauerhaft abgesichert werden.“¹⁸

Ob dieser Anspruch durch das Bestreben einer Reihe von Fachhochschulen eingelöst wird, das Promotionsrecht zu erhalten, das einigen Hochschulen für angewandte Wissenschaften bereits von den zuständigen Landesregierungen wie in Nordrhein-Westfalen und Hessen verliehen wurde, wird die Zukunft zeigen. Dabei sollte beachtet werden, dass die Promotion „der Nachweis der Befähigung zu selbständiger vertiefter wissenschaftlicher Arbeit“¹⁹ ist. Für die Profilierung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften wäre es zielführender, sich auf anwendungsnahe und praxisorientierte Forschung und Entwicklung in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu konzentrieren.

Für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an Fachhochschulen gibt das Bayerische Hochschulgesetz beispielhaft einen guten Rahmen: „Die Universitäten und, im Rahmen kooperativer Promotionen, auch die Fachhochschulen wirken auf die wissenschaftliche Betreuung der Personen hin, die eine Promotion anstreben; die Universitäten sollen für diese forschungsorientierte Studien anbieten.“²⁰

3.5. Künstlerische Hochschulen

Künstlerische Hochschulen werden öffentlich nur selten mit hochschulpolitischen Problemlagen in Verbindung gebracht. Meist sind es kleinere Einrichtungen mit hohem, auch internationalem, Renommee. Für den Hochschulzugang gibt es flächendeckend Zulassungsbeschränkungen. Studierende werden ausschließlich in hochschuleigenen Auswahlverfahren zugelassen.

Die internationale Reputation der Künstlerischen Hochschulen in Deutschland zeigt sich an der hohen Zahl ausländischer Studierender. Im Studienjahr 2016/17 wurden 3.108 ausländische, davon 1.789 Studentinnen, aber nur 2.578 deutsche Studienanfänger, darunter 1.510 Studentinnen, immatrikuliert. Ausländische Studienanfänger machen knapp 55 Prozent aller 5.686 Studienanfänger an Künstlerischen Hochschulen aus.²¹ Sicher ist auch die Studiengebührenfreiheit ein Grund für das Interesse ausländischer

Studierender. Sie allein erklärt aber nicht den Zustrom: Er ist wesentlich in der hohen Qualität der Ausbildung und der Reputation begründet.²²

- 1| Michael Ramm u.a. – Anm. 8 –, S. 15.
- 2| <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bildung-ForschungKultur/Hochschulen/Tabellen/HochschulenHochschularten.html> (Abrufdatum: 27.03.2018).
- 3| Wissenschaftsrat, Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen, Drs. 10387-10 vom 12.11.2010.
- 4| A.a.O., S. 6 f.
- 5| Ebd., S. 8.
- 6| Die Dualen Hochschulen in Baden Württemberg, mit den Standorten Stuttgart, Heidenheim, Heilbronn, Karlsruhe, Lörrach, Mannheim, Moosbach, Bad Mergentheim, Ravensburg, Friedrichshafen, Horb, Villingen-Schwenningen, und in Thüringen, mit den Standorten Gera und Eisenach, werden in der Statistik den Fachhochschulen zugeordnet. Die Berufsakademien zählen zwar zu den Einrichtungen des Tertiären Bereichs, nicht aber zu den Hochschulen. Sie werden hier nicht gesondert behandelt.
- 7| Exemplarisch etwa Lichtenbergkolleg der Universität Göttingen, Marsilius-Kolleg der Universität Heidelberg, FRIAS der Universität Freiburg.
- 8| Exemplarisch: TUM School of Education der TU München, Tübingen School of Education (TÜSE) der Universität Tübingen.
- 9| Exemplarisch Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- 10| Exemplarisch TU Hamburg-Harburg.
- 11| Leuphana Universität Lüneburg.
- 12| Vgl. dazu: Josef Lange, Wie viel Management braucht und verträgt die Wissenschaft? in: Beiträge zur Hochschulforschung, 31. Jahrgang, 4/2009, S. 76–88.
- 13| Dies gilt nicht für die ressortinternen Verwaltungsfachhochschulen des Bundes und der Länder, die in diesem Zusammenhang nicht behandelt werden.
- 14| So Art. 1 Abs. 2 Satz 3 BayHSchG; Art. 64 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG: „Die Promotion dient dem Nachweis der Befähigung zu vertiefter wissenschaftlicher Arbeit und beruht auf einer selbstständigen wissenschaftlichen Arbeit (Dissertation) und einer mündlichen Prüfung.“
- 15| Handbuch für die KMK, Bonn 1995, S. 469 ff. Zur Entwicklung vgl. Clemens Klockner, Zur Entwicklungsgeschichte der Fachhochschulrektorenkonferenz (FRK), in: HRK, Die Fachhochschulrektorenkonferenz (FRK) auf dem Wege zur Vereinigung mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) 1972–1995, Bonn 2010 (=Beiträge zur Hochschulpolitik 6/2010), S. 9–86, 10 ff.
- 16| Vgl. exemplarisch § 3 Abs. 4 Satz 2 NHG: „Die Fachhochschulen dienen den angewandten Wissenschaften oder der Kunst durch Lehre, Studium, Weiterbildung sowie praxisnahe Forschung und Entwicklung.“
- 17| So exemplarisch §25 Abs. 1 Satz 1 Ziff. 4 c) NHG: „besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens fünfjährigen beruflichen Praxis, von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübt worden sein müssen.“
- 18| Micha Teuscher, Fachhochschulen – gibt's die noch? Wofür Fachhochschulen in ihrer Differenzierung stehen, in: Die Neue Hochschule 4/2012, S. 108 –110, 109.

- 19| § 9 Abs.1 Satz 2 NHG.
- 20| Art. 2 Abs. 2 Satz2 BayHSchG.
- 21| Statistisches Bundesamt, *Studierende an Hochschulen Wintersemester 2016/17*, erschienen am 24.10.2017, S. 28 ff.
- 22| *So ist an den Künstlerischen Hochschulen des Landes Baden-Württemberg nach Einführung von Studiengebühren von 1.500 Euro für Nicht-EU-Studierende die Zahl der Neueinschreibungen internationaler Studierender an Künstlerischen Hochschulen von 2016 auf 2017 lediglich um 3,2 Prozent zurückgegangen. Siehe Pressemitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg vom 05.12.2017: Attraktivität Baden-Württembergs als Studienziel ungebrochen.*

4. Fazit

4.1. Schärfung der Profile

Die Entwicklungslinien hin zu einer größeren Differenzierung und Diversifizierung im deutschen Hochschulsystem sollten auch künftig weiterverfolgt werden. Eine „Egalisierung“ der Hochschulen ist sachlich nicht zu rechtfertigen. Sie führt hochschulpolitisch in eine Sackgasse. Eine funktionale Differenzierung eröffnet dagegen Wege zu mehr Leistungsfähigkeit.

Der Versuch, aus den Fachhochschulen forschungsorientierte Universitäten zu machen, entspräche weder den Erwartungen der Gesellschaft noch den Bedürfnissen der Wirtschaft und auch nicht den Interessen der Studierenden. Er wäre auch nicht finanzierbar. Der anwendungsorientierten Forschung würde es schaden. Fachhochschulen sind deshalb gut beraten, ihr Profil in anwendungsorientierter Lehre und angewandter Forschung und Entwicklung in Kooperation mit Wirtschaft und Administration vor allem, aber nicht ausschließlich, in der Region zu schärfen.

Mit Blick auf die Arbeitskräfteentwicklung verlangt die demographische Entwicklung, den Bereich des dualen Studiums zu stärken. Ob dies in Dualen Hochschulen wie in Baden-Württemberg und Thüringen, in Berufsakademien (staatlich in Sachsen; in anderen Ländern in privater Trägerschaft) oder in Fachhochschulen geschieht, sollte aufgrund der jeweiligen regionalen Situation entschieden werden.

Den Universitäten ist zu empfehlen, ihre Profilierung entsprechend den jeweiligen eigenen Zielsetzungen zu entwickeln und voranzutreiben und nicht aktuellen, zuweilen modischen Trends als Leitlinien langfristiger Entwicklung bei der Besetzung von Professuren zu folgen.

Grundlagenforschung braucht Zeit und Freiräume. „Disruptive Entwicklungen“, das „wirklich Neue“ und das „Unerwartete“ lassen sich weder erzwingen noch steuern. Die Rahmenbedingungen an Universitäten müssen so offen gestaltet sein, dass sie Kreativität und Innovativität ermöglichen. Dazu gehört auch, die Zusammenarbeit mit Forschungsrichtungen außerhalb der Hochschulen und Fachhochschulen zu erleichtern, um „kluge Köpfe“ zusammenzubringen und den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern.

Das Wissenschaftssystem in Deutschland ist historisch als dezentrales System gewachsen. Es ist differenziert, pluralistisch und arbeitsteilig – mit vielen Überschneidungen. Die Sorge vor einer „Versäulung“ des Wissenschaftssystems, die in den 1990er Jahren die wissenschaftspolitische Diskussion bestimmte, ist überholt. Ein wettbewerblich erzeugter Kooperationsdruck und die Notwendigkeit, „kritische Massen“ zu schaffen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben, haben zu Verknüpfungen geführt, die gemeinsame Berufungen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen ermöglicht haben. Vorrangige Instrumente, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, sind: Sonderforschungsbereiche, Graduiertenkollegs, Forschergruppen, International Max Planck Research Schools at Universities (IMPRS), Leibniz-WissenschaftsCampi und Leibniz-Graduiertenschulen, Helmholtz-Institute, -Allianzen und -Graduiertenschulen, Fraunhofer-Projektgruppen, Fraunhofer-Max-Planck-Kooperationen und insbesondere die Förderlinien der Exzellenzinitiative, Graduiertenschulen und Exzellenzcluster. Auch im Förderprogramm „Innovative Hochschulen“ wird eine Reihe gemeinsamer Projekte von Universitäten und Fachhochschulen gefördert.

In der finanziellen Ausstattung unterscheiden sich Hochschulen und öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen erheblich, was eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe erschwert. Während die Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen durch den Pakt für Forschung und Innovation von Bund und Ländern gemeinschaftlich mit verlässlichen Steigerungsraten finanziert werden, leiden Hochschulen an Unterfinanzierung durch die Länder. Auch der zeitlich befristete, vom Bund mitgetragene Hochschulpakt 2020 ändert daran wenig. Immer mehr

Hochschulzugangsberechtigte je Altersjahrgang und die wachsende Bedeutung wissenschaftlicher Weiterbildung lassen es fraglich erscheinen, wann die Zahl der Studienanfänger in absehbarer Zukunft wesentlich fallen wird. Deshalb ist darauf hinzuwirken, dass die Länder die durch die vollständige Finanzierung des BAföG durch den Bund frei gewordenen Mittel auch tatsächlich für den Hochschul- und Schulbereich einsetzen.

4.2. Aktuelle Entwicklungsperspektiven

Die Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland verläuft seit etwa zehn Jahren sehr dynamisch. Die verschiedenen Pakte, Bund-Länder-Programme und -Vereinbarungen, wie

- Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen,
- Professorinnen-Programm,
- Exzellenzinitiative I und II,
- Exzellenzstrategie,
- Pakt für Forschung und Innovation I, II, III,
- Hochschulpakt 2020 (mit Programmpauschale der DFG),
- Programm Offene Hochschule,
- Qualitätspakt Lehre,
- Qualitätsoffensive Lehrerbildung,
- Nachwuchsprogramm (Juniorprofessuren mit Tenure Track),
- Innovative Hochschule

sollten evaluiert und den Erfordernissen der Zeit entsprechend angepasst werden. Das schließt ein, Fehlanreize (Mittelzuweisung allein nach Anzahl der Studienanfänger und -absolventen) zu beseitigen und die Qualitätssicherung und -verbesserung im Hochschulbereich zu betonen.

Neben der Fortsetzung der Exzellenzstrategie sind nach Änderung von Art. 91 b GG und dem in der Folge möglichen Engagement des Bundes folgende Aufgaben prioritär:

- das ungelöste Problem der Finanzierung von Infrastruktur im Hochschulbereich (Bau und Geräte sowie Anforderungen der Digitalisierung);
- die Sicherung der Fächervielfalt, vor allem bei den sogenannten „Kleinen Fächern“, die nur an wenigen Stellen in Deutschland vertreten sind, an deren Existenz, Arbeitsfähigkeit und „Sprechfähigkeit“

im internationalen Kontext ein gesamtstaatliches Interesse besteht (z.B. Area Studies, internationale Kontakte auch in politische Krisenregionen);

- die institutionelle Verknüpfung von Universitäten und Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen (nach dem Vorbild des Karlsruher Instituts für Technologie – KIT und des Berliner Instituts für Gesundheitsforschung – BIG);
- die Herausforderungen der Internationalisierung und der notwendigen weiteren Attraktivitätssteigerung des Wissenschaftsstandorts Deutschland.

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, bedarf es der Kooperation von Bund und Ländern, von Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen und der Hochschulen untereinander. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen gesellschaftliche Verpflichtungen haben und Verantwortung tragen („third mission“). Dazu gehört auch, vor Politik und Öffentlichkeit über Erfolge und Misserfolge Rechenschaft in verständlicher Sprache abzulegen. Dies darf in der Wissenschaft nicht als „unwissenschaftlich“ geringgeschätzt oder gar verunglimpft werden.¹ Nur so kann die Wissenschaft ihre Glaubwürdigkeit vor der Gesellschaft und der Politik unter Beweis stellen.

4.3. Die „Hochschulen der Zukunft“

Die Hochschulen der Zukunft werden, wenn sie erfolgreich sein sollen, gekennzeichnet sein von Eigenverantwortlichkeit im Wettbewerb mit dem Ziel der Qualitäts- und Leistungssteigerung. Das setzt die Fähigkeit voraus, dass sie eigenverantwortlich über Prioritäten und Posterioritäten entscheiden können. Dafür braucht es:

- institutionelle Profilbildung durch Differenzierung: geeignete Strukturen für Personen und Aufgaben;
- strategische Planung für Forschung, Lehre, Infrastruktur, Innovationen und Vernetzung: intern, mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Wirtschaft, Gesellschaft;
- kritische Masse und Vernetzung: nicht „modisch“, sondern disziplinspezifisch notwendig im Wettbewerb oder gemäß Auftrag (einschließlich Infrastruktur für Forschung, Lehre und „third mission“);

- institutionelle Identität („corporate identity“) starker Institutionen zur Sicherung der Freiheit von Forschung (und Lehre) – individuell, institutionell – auch bei angewandter und Auftragsforschung;
- Binnendifferenzierung nach Leistungsfähigkeit, Nachfrage, Infrastrukturvorhaltung und Finanzierung;
- Grundlagen- und angewandte Forschung, grundständige Lehre und Weiterbildung in funktionaler Differenzierung.

In einigen Bundesländern gibt es Bestrebungen, Hochschulen stärker zu kontrollieren, um Fehler zu vermeiden. Dies ist ein Irrweg, denn damit wird verkannt, dass Wissenschaftler wie Künstler Individuen und Individualisten sind. Hochschulen benötigen Autonomie und Eigenverantwortung – und das Vertrauen der Politik. Das schließt Fehlertoleranz ein. Hochschulen, die „keine Fehler machen dürfen“, verlieren kreative Wissenschaftler, und damit Innovationsfähigkeit. Systematische Kontrolle hemmt Kreativität in der Wissenschaft. Scheitern und Fehlschläge gehören zur wissenschaftlichen Normalität. Die Publikation von Fehlschlägen oder von Abschlussberichten des Scheiterns bei Drittmittelvorhaben der Grundlagenforschung sollte dazu gehören. Deshalb benötigen Wissenschaft, Hochschulen und Forschungseinrichtungen Vertrauen. Sie müssen dieses Vertrauen aber auch rechtfertigen: durch verantwortungsvolles Handeln und durch Transparenz in der Rechenschaftslegung über ihre Erfolge und Misserfolge und über die Verwendung der ihnen zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel.

Investitionen in Wissenschaft, vor allem in diversifizierte und dadurch wettbewerbsfähige Hochschulen mit differenzierten Profilen im Spannungsfeld von internationaler Konkurrenz und regionaler Verantwortung, sind langfristig angelegt. Differenziert und strategisch eingesetzt, nicht „mit der Gießkanne“ verteilt, wirken sie nachhaltig für die Zukunft der jungen Generation und der Gesellschaft. Sie sind Voraussetzung für Innovationen und bringen im Vergleich zu Investitionen in andere Politikfelder die höchste Zukunftsrendite. Investitionen in Wissenschaft und Hochschulen rechnen sich nicht kurzfristig in Quartals- oder Jahresbilanzen und vielfach auch nicht in Legislaturperioden². Gerade in einer komplexer werdenden Welt mit mannigfaltigen Abhängigkeiten und aus der Wissenschaft kommenden Inventionen und Innovationen braucht unser Land differenzierte Hochschulen als „Zukunftswerkstätten“³ für Wissenschaft und Gesellschaft.

- 1| *Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung, Wissenschaftsfreiheit. Argumente für mehr Rücksicht auf ein gefährdetes Grundrecht, Berlin/Sankt Augustin Juni 2017, S. 17 ff.*
- 2| *Beispiel: Die Wirksamkeit eines neu eingerichteten Studiengangs ergibt sich aus den beruflichen Erfolgen seiner Absolventinnen und Absolventen. Diese zeigen sich jedoch erst nach Abschluss des Studiums und den ersten Berufsjahren der Absolventen, also nach etwa zehn Jahren.*
- 3| *So häufig der frühere Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Dr. Klaus Landfried, exemplarisch in: Bericht über das Jahr 1999, erstattet auf der 190. Plenarversammlung der Hochschulrektorenkonferenz am 21./22.2.2000 in Bonn (<http://www.hrk.de/positionen/gesamtlste-beschluesse/position/convention/-32c7185cec/>) (Abrufdatum: 27.03.2018).*

Staatssekretär a. D. Dr. Josef Lange

Josef Lange studierte Katholische Theologie (Dipl.-Theol.), Geschichte und Politische Wissenschaft (Dr. phil.) in Münster und Regensburg. Nach Tätigkeiten an der Universität Bayreuth (1974 bis 1979) und in den Geschäftsstellen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (1979 bis 1984) und des Wissenschaftsrates (1984 bis 1990) war er von 1990 bis 2000 Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Von 2000 bis 2001 war er Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung in Berlin, 2002 bis 2003 Leiter der Abteilung Ressortkoordinierung in der Thüringer Staatskanzlei, 2003 bis 2013 Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur. Von 2006 bis 2013 war er Koordinator der Wissenschaftsstaatssekretäre der unionsregierten Länder in KMK und GWK sowie Ko-Vorsitzender der Amtschefkommission „Qualitätssicherung im Hochschulbereich“ der KMK. Seit 2004 ist er Vorsitzender des Kuratoriums des Max-Planck-Instituts für Sonnensystemforschung, seit Oktober 2014 Vorsitzender des Verwaltungsrats des Pius-Hospitals Oldenburg und seit Anfang 2017 Vorsitzender des Rats für deutsche Rechtschreibung.

